

Anhörung „Großveranstaltungen“, 27.04.2016 Drucksache 18/3556

Grundsätzliche Anmerkungen:

Es ist richtig, dass der internationale Sport in der jüngsten Vergangenheit vor allem mit unliebsamen Begleiterscheinungen und Unregelmäßigkeiten auf sich aufmerksam gemacht, die sicherlich schon seit Jahren latent vorhanden waren, sich aber offensichtlich mehr oder weniger unkontrolliert zu einem nunmehr ausgewachsenen Problem entwickeln konnten. Im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen dabei nur einige wenige, prominente Sportarten. Daher ist es wichtig darauf hinweisen, dass es bei der Vielzahl von Sportarten von Verband zu Verband ganz verschiedene Voraussetzungen und große Unterschiede gibt, insbesondere was die Vergabebedingungen von Großveranstaltungen angeht. So fordern IOC, FIFA, UEFA steuerliche Sonderbehandlungen ein, die ausschließlich diesen Verbänden - auch in Deutschland - gewährt werden. Dabei handelt es sich dann um Veranstaltungen, die nur mit Milliardenbeträgen der öffentlichen Hand, durch Investitionen in Sportstätten und Infrastruktur durchgeführt werden können. Ungewollt besteht dadurch auch hier eine Verbindung zu negativen Folgewirkungen wie Knebelverträge, Kostenexplosionen, Ausgabenrekorde, Verdrängungstendenzen, Umweltzerstörung etc. Dabei ist auch zu beobachten, dass die handelnden Akteure nicht immer von reinem Sachverstand und einer neutralen Betrachtungsweise geleitet werden, sondern sehr oft sowohl politisch wie öffentlich von mit den Sportarten und ihren Veranstaltungen verbundenen Emotionen. So kann z. B. der Fußball im Verhältnis zu anderen Sportarten oder Großveranstaltungen durchaus davon ausgehen, ggf. mit einer Sonderbehandlung rechnen zu dürfen, obwohl er doch getrost bereits als ein sehr wohlhabender global player bezeichnet werden darf. Im Vergleich hierzu können sich die Meisterschaften aller anderen Sportarten in der Regel nicht einmal selbst refinanzieren, auch wenn sie zumindest auf bestehende Sportstätten zurückgreifen können.

Sie haben richtig bemerkt, dass die Zahl der Bewerberstädte - gerade was Olympische Spiele angeht - von Ausschreibung zu Ausschreibung sinkt. Ursache hierfür ist das wachsende Unverständnis der Bevölkerung für korrupte Strukturen, Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung von Natur und Umwelt. Leider begünstigt diese berechtigte Skepsis und Zurückhaltung wiederum, dass – wie wir es seit geraumer Zeit beobachten - immer mehr Veranstaltungen in autokratische Länder vergeben werden. Dies ist ein Dilemma und Spannungsfeld des organisierten Sports, an dessen Behebung und Lösung wir kontinuierlich zu arbeiten haben.

Zu den in Ihrem Antrag konkret aufgestellten Forderungen kann ich sagen, dass eine Forderung an die Internationalen Verbände nach einer „Bürgerbeteiligung“ wohl an den Realitäten und den jeweils innerstaatlichen Gegebenheiten vorbeigeht. Ökologische Standards oder Zielsetzungen, wie z. B. die Klimaneutralität, und Nachhaltigkeitskonzepte bestehen zum Teil bereits bei einigen internationalen Verbänden, so bei dem europäischen, aber auch dem internationalen Leichtathletik-Verband. Konkret darf ich in diesem Zusammenhang die IAAF GUIDELINES FOR ENVIRONMENT PROTECTION

AND SUSTAINABLE DEVELOPMENT benennen. Was die Kritik an den Vergabeverfahren und die Einflussnahme auf diese angeht, so sind Ihre Anmerkungen vollkommen berechtigt. Wir setzen uns bereits mit Nachdruck für eine Verbindlichkeit im Bewerbungsprozess, für Transparenz bei der Entscheidung und für die Einhaltung einmal gefasster Vorgaben ein. Verstöße – wie z. B. die Auslobung "zusätzlicher Incentives" - sollten konsequent sanktioniert werden.

Der Deutsche Leichtathletik-Verband versteht sich als ein aktiver Partner in der Neugestaltung und Ausrichtung der IAAF. Wir haben nicht nur eine radikale Aufklärung aller bestehenden Vorwürfe und Verdachtsmomente im Hinblick auf Korruption eingefordert, wir werden darüber hinaus umfassende Reformvorschläge einbringen: dazu gehören die Einführung von Good Governance-Richtlinien und die zukünftige Handhabung der Vergabe von Leichtathletik-Weltmeisterschaften.

Dr. Clemens Prokop

im April 2016